

No. 36580

**Austria
and
Slovenia**

**Exchange of letters between the Repnblic of Anstria and the Repnblic of Slovenia
concerning the continued application of certain Anstro-Yugoslav state treaties.
Vienna, 16 October 1992**

Entry into force: *1 November 1993, in accordance with its provisions*

Anthentic texts: *German and Slovene*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 6 April 2000*

**Autriche
et
Slovénie**

**Échange de lettres entre la République d'Autriche et la République de Slovénie
concernant l'application continne de certains traités d'État austro-yougoslaves.
Vienne, 16 octobre 1992**

Entrée en vignenr : *1er novembre 1993, conformément à ses dispositions*

Textes anthentiques : *allemand et slovène*

Enregistrement auprès dn Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 6 avril 2000*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

NOTENWECHSEL

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK SLOWENIEN BETREFFEND DIE WEITERANWENDUNG BESTIMMTER ÖSTERREICHISCH-JUGOSLAWISCHER STAATSVERTRÄGE

I

a) Art. 8 des Vertrags lautet:

„Die österreichischen und die slowenischen Gerichte verkehren miteinander durch Vermittlung des Bundesministeriums für Justiz der Republik Österreich und des Ministeriums für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien, soweit im folgenden nicht etwas anderes ausdrücklich bestimmt ist (Artikel 17 Absatz 2).“

b) Art. 9 erster Satz des Vertrags lautet:

„Zustellungs- und Rechtshilfeersuchen sind in deutscher oder in slowenischer Sprache abzufassen.“

c) Art. 47 des Vertrags lautet:

„Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und das Außenministerium der Republik Slowenien werden einander auf Ersuchen den Wortlaut der in ihrem Sitzgebiet in Kraft stehenden oder in Kraft gesetzten Rechtsvorschriften bekanntgeben und gegebenenfalls Auskünfte über bestimmte Rechtsfragen erteilen.“

d) lit. a) des Schlußprotokolls entfällt;

e) lit. b) des Schlußprotokolls lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Gerichtes“ im Sinne dieses Vertrages sind für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache zu verstehen.“

Der Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 16. Oktober 1992

Exzellenz.

In Anbetracht dessen, daß die Republik Slowenien nunmehr ein unabhängiger und souveräner Staat ist, bechre ich mich vorzuschlagen, die nachstehend angeführten völkerrechtlichen Verträge im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft zu setzen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr samt Schlußprotokoll vom 16. Dezember 1954 . mit der Maßgabe, daß

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen in Handelssachen vom 18. März 1960 ;

3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsurteilen vom 10. Oktober 1961 ;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Gleichwertigkeit der Reisezeugnisse vom 27. März 1974 ;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die administrative Zusammenarbeit in Zollangelegenheiten und über die gegenseitige Unterstützung zur Bekämpfung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften vom 15. März 1978 , mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 2 lit. b) des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien das Finanzministerium (Zollverwaltung und Zollämter)“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die Bundeszollverwaltung und die Zollämter“ treten;

b) in Art. 14 Abs. 3 und 4 des Abkommens die Worte „das/des Finanzministerium/s (Zollverwaltung) der Republik Slowenien“ an die Stelle der Worte „die/der Bundeszollverwaltung“ treten;

c) Art. 14 Abs. 5 des Abkommens lautet:

„Der schriftliche Verkehr zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien findet in der Regel in deutscher und in slowenischer Sprache statt.“

6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Gleichwertigkeiten im Universitätsbereich vom 29. Jänner 1979 ;

7. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen vom 1. Februar 1982), mit der Maßgabe, daß

a) Art. 30 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr nach diesem Vertrag findet zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien statt. Der diplomatische Weg wird hiernach nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 33 Abs. 1 Z 2 des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache.“

8. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 1. Februar 1982 , mit der Maßgabe, daß

a) Art. 6 Abs. 1 des Vertrags lautet:

„Soweit durch diesen Vertrag nichts anderes bestimmt ist, erfolgt der Schriftverkehr in den durch den Vertrag geregelten Angelegenheiten zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien. Auf diesem Weg verkehren auch die Justizbehörden miteinander.“

b) Art. 9 Abs. 3 lautet:

„Die Anwesenheit eines im Abs. 2 erwähnten Behördenvertreters des ersuchenden Staates bei Rechtshilfeverhandlungen im ersuchten Staat bedarf in der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz und in der Republik Slowenien des Ministers für Justiz und Verwaltung.“

c) Art. 24 Abs. 1 zweiter Satz des Vertrags lautet:

„Die Auszüge aus dem Strafregister werden zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien ausgetauscht.“

d) Art. 25 des Vertrags lautet:

„Der Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und der Minister für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Strafrecht, Strafverfahrensrecht und Strafvollzugsrecht.“

e) Art. 27 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Unter „Sprache des ersuchten Staates“ im Sinne dieses Vertrages ist für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache zu verstehen.“

9. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Auslieferung vom 1. Februar 1982 , mit der Maßgabe, daß

a) Art. 21 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Der Schriftverkehr in Auslieferungs- und Durchlieferungssachen findet, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Öster-

reich und dem Ministerium für Justiz und Verwaltung der Republik Slowenien statt. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.“

b) Art. 37 Abs. 1 lit. b) des Vertrags lautet:

„für das Gebiet der Republik Slowenien die slowenische Sprache.“

c) Art. 37 Abs. 3 lit. b) des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien die ordentlichen Gerichte, die öffentlichen Anklägerschaften und das Ministerium für Justiz und Verwaltung.“

d) Art. 37 Abs. 4 lit. b) des Vertrags lautet:

„in der Republik Slowenien das Innenministerium.“

10. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen vom 25. Oktober 1989 „mit der Maßgabe, daß

a) Art. 7 Abs. 2 des Abkommens lautet:

„Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Zeitpunkt der schriftlichen Mitteilung einer der beiden Streitparteien an die andere Streitpartei beigelegt werden, so kann sie auf Antrag des Investors einem Ad-hoc-Schiedsgericht entsprechend der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für das Recht des internationales Handels (UNCITRAL) unterbreitet werden.“

b) in Art. 7 Abs. 3 die Worte „Vergleichs- oder“ entfallen.

Ich beehre mich ferner festzustellen, daß die nachstehend angeführten radizierten völkerrechtlichen Verträge nunmehr im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in Kraft stehen, wobei die Bezeichnungen „Republik Slowenien“ bzw. „slowenisch“ an die Stelle der Bezeichnungen „Föderative Volksrepublik Jugoslawien“, „FVRJ“, „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ oder „SFRJ“ bzw. „jugoslawisch“ treten und die im folgenden einzeln angeführten weiteren Anpassungen vorgenommen werden:

1. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wasserwirtschaftliche Fragen der Mur-Grenzstrecke und der Mur-Grenzgewässer (Mur-Abkommen) vom 16. Dezember 1954 „mit der Maßgabe, daß in Art. 6 Abs. 2 der Anlage I des Abkommens die Worte „beziehungsweise serbokroatisch“ entfallen;

2. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien

über die Regelung des Grenzüberganges der Eisenbahnen samt Schlußprotokoll und Anlagen vom 11. Dezember 1962 in der Fassung der Abkommen vom 28. April 1967 und vom 10. August 1971;

3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die gemeinsame Staatsgrenze vom 8. April 1965 in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 und des Notenwechsels vom 27. Oktober 1979 und 3. März 1980, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 27 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in deutscher und in slowenischer Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in deutscher und andererseits in serbokroatischer oder slowenischer Sprache“ treten;

b) Art. 30 Abs. 2 des Vertrags lautet:

„Die Verhandlungssprachen der Kommission sind Deutsch und Slowenisch.“

c) in Art. 30 Abs. 3 des Vertrags die Worte „in deutscher und in slowenischer Sprache“ an die Stelle der Worte „einerseits in deutscher und andererseits in serbokroatischer oder slowenischer Sprache“ treten;

d) in Art. 33 Abs. 1 des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

e) in den Anlagen A und B des Vertrags in der Fassung des Vertrags vom 29. Oktober 1975 die Bezeichnung des Vertrags durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird, und daß in den genannten Anlagen die Worte „Innenministerium“ bzw. „Laibach“ an die Stelle der Worte „Bundeskretariat für Innere Angelegenheiten“ bzw. „Belgrad“ treten;

4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzaufmerkung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. März 1969 und vom 6. September 1974, mit der Maßgabe, daß

a) in Art. 8 Abs. 1 des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Republika-

nischen Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien" treten;

b) in den Anlagen A und B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 6. September 1974 die Bezeichnung des Abkommens durch einen Hinweis auf diesen Notenwechsel ergänzt wird;

sowie das Durchführungsübereinkommen zum genannten Abkommen vom 26. September 1968 in der Fassung der Übereinkommen vom 14. Juni 1974, 11. Juli 1977 und 13. Jänner 1986;

5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Kleinen Grenzverkehr vom 28. September 1967 in der Fassung der Abkommen vom 5. Februar 1975, vom 24. Mai 1984 und vom 4. November 1988, mit der Maßgabe, daß

a) Art. 8 Abs. 1 des Abkommens lautet:

„Die Vertragsstaaten werden einander auf diplomatischem Weg mitteilen, welche Behörden zur Ausstellung von Dauergrenzscheinen, Grenzübertrittsscheinen und Grenzübertrittskarten zuständig sind.“

b) in Art. 22 Abs. 2 des Abkommens die Worte „in der Republik Slowenien vom Innenministerium“ an die Stelle der Worte „in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten“ treten;

c) in der Anlage B des Abkommens in der Fassung des Abkommens vom 5. Februar 1975 eine neue Ziffer 37 mit der Bezeichnung „Karawankentunnel – Karawanke“ eingefügt und die bisherige Ziffer 37 als Ziffer 38 bezeichnet wird;

6. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den Karawankentunnel vom 15. September 1977 in der Fassung des Vertrags vom 20. Oktober 1980.

Falls die Republik Slowenien mit Vorstehendem einverstanden ist, werden diese Note und Ihre bestätigende Antwortnote ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien bilden, das am ersten Tag des zweiten Monats in Kraft tritt, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander mitteilen, daß die jeweiligen hiefür erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

Mock m. p.

I.E. Frau
Dr. Katja Boh
ao. und bev. Botschafterin
der Republik Slowenien

[SLOVENE TEXT — TEXTE SLOVÈNE]

II

**Veleposlanstvo Republike
Slovenije**

Dunaj, 16. oktobra 1992

Ekscelenca,

čast mi je potrditi prejem vaše note z dne
16. oktobra 1992, ki se glasi:

„Ekscelenca,

glede na to, da je Republika Slovenija zdaj
neodvisna in samostojna država, imam čast
predlagati, da v nadaljevanju navedene pogodbe
veljajo med Republiko Slovenijo in Republiko
Avstrijo, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska
republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična fede-
rativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma
„jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“
oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje
posamično navedene prilagoditve besedila:

1. Pogodba med Federativno ljudsko republiko
Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem

pravnem prometu skupaj z zaključnim protokolom
z dne 16. decembra 1954, s tem da:

a) se 8. člen pogodbe glasi:

„Slovenska in avstrijska sodišča kontaktirajo med seboj s posredovanjem Ministrstva za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznega ministarstva za pravosodje Republike Avstrije, če v nadaljevanju ni izrecno določeno drugače (drugi odstavek 17. člena).“

b) se prvi stavek 9. člena pogodbe glasi:

„Zahitevki za vročitev in pravno pomoč morajo biti sestavljeni v slovenskem ali nemškem jeziku.“

c) se 47. člen pogodbe glasi:

„Ministrstvo za zunanje zadeve Republike Slovenije in Zvezno ministrstvo za zunanje zadeve Republike Avstrije si bosta na zahtevo sporočili besedilo pravnih predpisov, ki so veljali ali veljajo na območju njihove države in si medsebojno v danih primerih tudi pošiljali informacije o določenih pravnih vprašanjih.“

d) odpade alinea a) zaključnega protokola;

e) se alinea b) zaključnega protokola glasi:

„Pod pojmom „jezik sodišča, ki je prejelo zahtevek“, se v smislu te pogodbe razumera za območje Republike Slovenije slovenski jezik in za območje Republike Avstrije nemški jezik.“

2. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem priznavanju in izvrševanju arbitražnih sodb in arbitražnih poravnav v trgovinskih zadevah z dne 18. marca 1960;

3. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem priznavanju in izvrševanju preživninskih odločb z dne 10. oktobra 1961;

4. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o enakovrednosti zeloostnih spričeval z dne 27. marca 1974;

5. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o administrativnem sodelovanju v carinskih zadevah in o medsebojni pomoči pri preprečevanju kršitev carinskih predpisov z dne 15. marca 1978, s tem da:

a) se v alinei b) 2. člena sporazuma besede „v Socialistični federativni republiki Jugoslaviji Zvezna carinska uprava in carinarnice“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji Ministrstvo za

finance (Republiška carinska uprava in carinarske);

b) se v tretjem in četrtjem odstavku 14. člena sporazuma besede „Zvezna carinska uprava“ oz. „Zvezne carinske uprave“ zamenjajo z besedami „Ministrstvo za finance (Republiška carinska uprava) Republike Slovenije“ oz. „Ministrstvo za finance (Republiška carinska uprava) Republike Slovenije“;

c) se peti odstavek 14. člena sporazuma glasi:

„Pisno komuniciranje med carinskima upravama pogodbenih strank poteka praviloma v slovenskem in nemškem jeziku.“

6. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o enakovrednosti na področju univerz z dne 29. januarja 1979;

7. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o medsebojnem izvrševanju sodnih odločb v kazenskih zadevah z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se prvi odstavek 30. člena pogodbe glasi:

„Pisno komuniciranje po tej pogodbi poteka med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Diplomska pot s tem ni izključena.“

b) se prva točka prvega odstavka 33. člena pogodbe glasi:

„za območje Republike Slovenije slovenski jezik.“

8. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o pravni pomoči v kazenskih zadevah z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se prvi odstavek 6. člena pogodbe glasi:

„Če s to pogodbo ni določeno drugače, poteka pisno komuniciranje v zadevah, ki jih ureja ta pogodba, med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Po isti poti komunicirajo med seboj tudi pravosodni organi.“

b) se tretji odstavek 9. člena glasi:

„Za prisotnost v drugem odstavku omenjenega predstavnika upravnih organov države, ki je vložila zahtevek, pri obravnavah pravne pomoči v državi, v kateri je vložen zahtevek, je v Republiki Sloveniji potrebno soglasje ministra za pravosodje in upravo in v Republiki Avstriji zveznega ministra za pravosodje.“

c) se drugi stavek prvega odstavka 24. člena pogodbe glasi:

„Izpiski iz kazenskega registra se izmenjajo med ministrom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in zveznim ministrom za notranje zadeve Republike Avstrije.“

d) se 25. člen pogodbe glasi:

„Minister za pravosodje in upravo Republike Slovenije in zvezni minister za pravosodje Republike Avstrije si medsebojno na zahtevo pošiljata informacije o kazenskem pravu, o kazenskem procesnem pravu in o pravu izvrševanja kazenskih sankcij.“

e) se drugi odstavek 27. člena pogodbe glasi:

„Pod pojmom „jezik zaprošene države“ v smislu te pogodbe je za območje Republike Slovenije treba razumeti slovenski jezik in za območje Republike Avstrije nemški jezik.“

9. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o izročanju z dne 1. februarja 1982, s tem da:

a) se drugi odstavek 21. člena pogodbe glasi:

„Pisno komuniciranje v zadevah izročanja in tranzita poteka, če s to pogodbo ni drugače določeno, med Ministrstvom za pravosodje in upravo Republike Slovenije in Zveznim ministrstvom za pravosodje Republike Avstrije. Diplomska pot s tem ni izključena.“

b) se točka a) prvega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„za območje Republike Slovenije slovenski jezik;“

c) se točka a) tretjega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„v Republiki Sloveniji redna sodišča, javna tožilstva ter Ministrstvo za pravosodje in upravo.“

d) se točka a) četrtega odstavka 37. člena pogodbe glasi:

„v Republiki Sloveniji Ministrstvo za notranje zadeve.“

10. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o pospeševanju in zaščiti investicij, z dne 25. oktobra 1989, s tem da:

a) se drugi odstavek 7. člena pogodbe glasi:

„Če spornega vprašanja po prvem odstavku ni mogoče rešiti v treh mesecih od pisnega sporočila

ene od strank v sporu drugi, je lahko na zahtevo investitorja predložena adhoc arbitraži v skladu s poravnalnim postopkom komisije Združenih narodov za mednarodno trgovinsko pravo (UNCITRAL)."

b) v tretjem odstavku 7. člena se izpustita besedi „poravnjanja ili“.

Nadalje imam čast ugotoviti, da navedene radicirane mednarodne pogodbe odslej naprej veljajo v odnosu med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, pri čemer bi se besede „Federativna ljudska republika Jugoslavija“, „FLRJ“, „Socialistična federativna republika Jugoslavija“ ali „SFRJ“ oziroma „jugoslovanski“ zamenjale z „Republika Slovenija“ oziroma „slovenski“ in bi se vnesle naslednje posamično navedene prilagoditve besedila:

1. Sporazum med Federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o vodnogospodarskih vprašanjih za mejni tok Mure (sporazum o Muri) z dne 16. decembra 1954 s prilagoditvijo, da se v drugem odstavku 6. člena priloge I sporazuma besedi „oziroma srbohrvaški“ črta;

2. Sporazum med federativno ljudsko republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o ureditvi mejnega železniškega prometa skupaj z zaključnim protokolom in prilogami z dne 11. decembra 1962 v besedilu sporazuma z dne 28. aprila 1967 in 10. avgusta 1971;

3. Pogodba med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o skupni državni meji z dne 8. aprila 1965 v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 in izmenjave not z dne 27. oktobra 1979 in 3. marca 1980, s tem da:

a) se v prvem odstavku 27. člena pogodbe v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 besede „po eni strani v srbohrvaškem ali slovenskem in po drugi strani v nemškem jeziku“ zamenjajo z besedami „v slovenskem in nemškem jeziku“;

b) se drugi odstavek 30. člena pogodbe glasi:
„Razpravna jezika komisije sta slovenski in nemški.“

c) se v tretjem odstavku 30. člena pogodbe besede „po eni strani v srbohrvaškem ali slovenskem in po drugi strani v nemškem jeziku“ zamenjajo z besedami „v slovenskem in nemškem jeziku“;

d) se v prvem odstavku 33. člena pogodbe, v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 besede „v Socialistični federativni republikni Jugoslaviji s strani Zveznega sekretariata za notranje zadeve“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

e) se v prilogah A in B k pogodbi v besedilu pogodbe z dne 29. oktobra 1975 oznaka pogodbe dopolni z napotilom na to izmenjavo not in se v imenovanih prilogah besede „Zvezni sekretariat za notranje zadeve“ oziroma „Beograd“ zamenjajo z besedami „Ministrstvo za notranje zadeve“ oziroma „Ljubljana“;

4. Sporazum med SFR Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o mejni kontroli v železniškem prometu oseb z dne 8. aprila 1967 v besedilu sporazuma z dne 5. marca 1969 in z dne 6. septembra 1974, s tem da:

a) se v prvem odstavku 8. člena sporazuma v besedilu sporazuma z dne 6. septembra 1974 besede „v Socialistični federativni republikni Jugoslaviji od republiškega sekretariata za notranje zadeve Socialistične republike Slovenije“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

b) se v prilogah A in B sporazuma v besedilu sporazuma z dne 6. septembra 1974 označba sporazuma dopolni z opozorilom na to izmenjavo not; kot tudi izvedbeni sporazum k navedenemu sporazumu z dne 26. septembra 1968 v besedilu sporazuma z dne 14. junija 1974, 11. julija 1977 in 13. januarja 1986;

5. Sporazum med Socialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o maloobmejnem prometu oseb z dne 28. septembra 1967 v besedilu sporazuma z dne 5. februarja 1975, z dne 24. maja 1984 in z dne 4. novembra 1988, s tem da:

a) se prvi odstavek 8. člena sporazuma glasi:

„Državi pogodbenci se bosta po diplomatski poti obvestili, kateri organi so pristojni za izdajanje stalnih obmejnih prepustnic, obmejnih izkaznic in dovolilnic za prehod državne meje.“

b) se v drugem odstavku 22. člena sporazuma besede „v Socialistični federativni republikni Jugoslaviji s strani Zveznega sekretariata za notranje zadeve“ zamenjajo z besedami „v Republiki Sloveniji s strani Ministrstva za notranje zadeve“;

c) se v prilogi B sporazuma v besedilu sporazuma z dne 5. februarja 1975 doda nova številka 37 z označbo „Karavanke — Karawankentunnel“ in se dosedanja številka 37 označi kot številka 38;

6. Pogodba med Sozialistično federativno republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o cestnem predoru skozi Karavanke z dne 15. septembra 1977 v besedilu pogodbe z dne 20. oktobra 1980.

Ce se Republika Slovenija strinja z navedenim, bosta ta nota in priridilna nota — odgovor sestavljeni sporazum med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, ki bo začel veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi obvestili, da so izpolnjeni potrebnii notranjepravni pogoji.

Dovolite mi, ekscelanca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Alois Mock m. p."

Imam čast potrditi, da se Republika Slovenija strinja z vsebino vaše note in da vaša nota in ta nota-odgovor sestavljata sporazum med Republiko Slovenijo in Republiko Avstrijo, ki začne veljati prvega dne drugega meseca, ki sledi mesecu, v katerem sta se državi pogodbenici obvestili, da so izpolnjeni potrebnii notranjepravni pogoji.

Dovolite mi, ekscelanca, da vam izrazim svoje globoko spoštovanje.

Katja Boh m. p.

Wjegova ekscelanca
dr. Alois Mock
Zvezni minister za zunanje zadeve
Republike Avstrije

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

I

THE FEDERAL MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Vienna, 16 October 1992

Madam,

In view of the fact that the Republic of Slovenia is now an independent sovereign State, I have the honour to propose the entry into force between the Republic of Austria and the Republic of Slovenia of the international treaties listed below, using the designations "Republic of Slovenia" and "Slovene" instead of "Federal People's Republic of Yugoslavia", "FPRY", "Socialist Federal Republic of Yugoslavia" or "SFRY" and "Yugoslav", and with the additional amendments set out below:

1. Treaty between the Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia on reciprocal legal relations, with final protocol, of 16 December 1954, provided that:

(a) Article 8 of the Treaty shall read:

"The Austrian and Slovene courts shall, except as otherwise provided hereinbelow (article 17, paragraph 2), communicate with one another through the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria and the Ministry of Justice and Administration of the Republic of Slovenia.";

(b) Article 9, first sentence, of the Treaty shall read:

"Requests for service of documents and legal assistance shall be written in the German or Slovene languages."

(c) Article 47 of the Treaty shall read:

"The Federal Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Austria and the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Slovenia shall transmit to one another, on request, the texts of legal provisions in force or formerly in force in the territory of their respective States, together with information concerning specific questions of law."

(d) Subparagraph (a) of the Final Protocol shall be deleted;

(e) Subparagraph (b) of the Final Protocol shall read:

"For the purposes of this Treaty, 'language of the requested court' shall mean for the territory of the Republic of Austria the German language, and for the territory of the Republic of Slovenia the Slovene language."

2. Agreement between the Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia on the mutual recognition and enforcement of arbitral awards and arbitral compromises in commercial matters, of 18 March 1960;

3. Agreement between the Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia on the mutual recognition and enforcement of maintenance claims, of 10 October 1961;

4. Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the equivalence of diplomas leading to admission to universities, of 27 March 1974;

5. Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on administrative cooperation in customs matters and on mutual assistance for the prevention of customs offences, of 15 March 1978, provided that:

(a) In Article 2 (b) of the Agreement, the words "in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the Federal Customs Administration and customs offices" shall be replaced by "in the Republic of Slovenia the Finance Ministry (Customs Administration and customs offices)";

(b) In Article 14, paragraphs 3 and 4 of the Agreement, the words "the Federal Customs Administration" shall be replaced by "the Finance Ministry (Customs Administration) of the Republic of Slovenia";

(c) Article 14 (5) of the Agreement shall read:

"Correspondence between the customs administrations of the Contracting Parties shall, as a rule, be conducted in the German and Slovene languages."

6. Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the equivalences in higher education, of 29 January 1979;

7. Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on reciprocal execution of judicial decisions in criminal matters, of 1 February 1982, provided that:

(a) Article 30 (1) of the Treaty shall read:

"Correspondence under this Treaty shall be exchanged between the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria and the Ministry of Justice and Administration of the Republic of Slovenia. Communication through the diplomatic channel is not hereby excluded."

(b) Article 33, paragraph (1). 1.2 of the Treaty shall read:

"For the territory of the Republic of Slovenia, the Slovene language."

8. Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on legal assistance in criminal matters, of 1 February 1982, provided that:

(a) Article 6 (1) of the Treaty shall read:

"Unless otherwise provided for under this Treaty, correspondence in matters governed by this Treaty shall be exchanged between the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria and the Ministry of Justice and Administration of the Republic of Slovenia. The judicial authorities shall also communicate with each other by this channel."

(b) Article 9 (3) shall read:

"The presence of a representative, referred to in paragraph (2) above, of the requesting State's authorities during action in the requested State in respect of legal assistance shall re-

quire, in the Republic of Austria, the authorization of the Federal Minister of Justice, and, in the Republic of Slovenia, the authorization of the Minister of Justice and Administration."

(c) Article 24 (1), second sentence, of the Treaty shall read:

"Extracts from the register of convictions shall be exchanged between the Federal Minister of the Interior of the Republic of Austria and the Minister of Justice and Administration of the Republic of Slovenia."

(d) Article 25 of the Treaty shall read:

"The Federal Minister of Justice of the Republic of Austria and the Minister of Justice and Administration of the Republic of Slovenia shall provide each other on request with information on their criminal law, law of criminal procedure and law on the enforcement of sentences."

(e) Article 27 (2) of the Treaty shall read:

"For the purposes of this Treaty, the 'language of the requested State' shall mean the German language for the territory of the Republic of Austria, and the Slovenian language for the territory of the Republic of Slovenia."

9. Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on extradition, of 1 February 1982, provided that:

(a) Article 21 (2) of the Treaty shall read:

"Except as otherwise provided in this Treaty, communication in writing concerning extradition and surrender shall take place between the Federal Ministry of Justice of the Republic of Austria and the Ministry of Justice and Administration of the Republic of Slovenia. This shall not exclude use of the diplomatic channel."

(b) Article 37, paragraph 1 (b) of the Treaty shall read:

"In the territory of the Republic of Slovenia, the Slovene language."

(c) Article 37, paragraph 3 (b) of the Treaty shall read:

"In the Republic of Slovenia the ordinary courts, the public prosecutor's office and the Ministry of Justice and Administration."

(d) Article 37, paragraph 4 (b) of the Treaty shall read:

"In the Republic of Slovenia, the Ministry of the Interior."

10. Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the encouragement and protection of investments, of 25 October 1989, provided that:

(a) Article 7 (2) of the Agreement shall read:

"If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within three months of its written notification by one of the parties to the dispute to the other, it may at the request of the investor be submitted to an ad hoc arbitral tribunal, in accordance with the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)."

(b) In Article 7 (3) the words "conciliation or" shall be deleted.

I further have the honour to confirm that the ratified international treaties listed below are now in force between the Republic of Austria and the Republic of Slovenia, with the designations "Republic of Slovenia" or "Slovene" replacing "Federal People's Republic of Yugoslavia", "FPRY", "Socialist Federal Republic of Yugoslavia", "SFRY", and "Yugoslav", and the additional adaptations set out below:

1. Agreement between the Republic of Austria and the Federal People's Republic of Yugoslavia concerning water economy questions in respect of the frontier sector of the Mura and the frontier waters of the Mura (the Mura Agreement), of 16 December 1954, subject to the deletion of the words "or Serbo-Croat" in Article 6 (2) of Annex I to the Agreement;

2. Convention between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the regulation of railway traffic across the frontier, with final protocol and annexes, of 11 December 1962, as amended on 28 April 1967 and 10 August 1971;

3. Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the common State frontier of 8 April 1965, as amended on 29 October 1975, and in the exchanges of notes of 27 October 1979 and 3 March 1980, provided that:

(a) In Article 27 (1) of the Treaty as amended on 29 October 1975, the words "in the German and Slovene languages" shall replace the words "in the German and Serbo-Croat or Slovenian language";

(b) Article 30 (2) of the Treaty shall read:

"The working languages of the Commission shall be German and Slovene".

(c) In Article 30 (3) of the Treaty, the words "in the German and Slovene languages" shall replace the words "in the German and Serbo-Croat or Slovenian languages";

(d) In Article 33 (1) of the Treaty, in the version of 29 October 1975, the words "in the Republic of Slovenia by the Ministry of the Interior" shall replace the words "in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia by the Federal Secretariat for Internal Affairs";

(e) In annexes A and B of the Treaty, in the version of 29 October 1975, the description of the Treaty shall be supplemented by a reference to this exchange of notes, and in these annexes the words "Ministry of the Interior" and "Laibach" shall replace the words "Federal Secretariat for Internal Affairs" and "Belgrade";

4. Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning frontier clearance in railway passenger traffic, of 8 April 1967, in the versions of 5 March 1969 and 6 September 1974, provided that:

(a) In Article 8 (1) of the Agreement, as amended on 6 September 1974, the words "in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia by the Republic and Secretariat of the Interior of the Socialist Republic of Slovenia" shall be replaced by "in the Republic of Slovenia by the Ministry of the Interior";

(b) In annexes A and B to the Agreement, as amended on 6 September 1974, the description of the Agreement shall be supplemented by a reference to this exchange of notes, as shall the implementing agreement to the Agreement, dated 26 September 1968, as amended on 14 June 1974, 11 July 1977 and 13 January 1986;

5. Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on minor frontier traffic, of 28 September 1967, as amended on 5 February 1975, 24 May 1984 and 4 November 1988, provided that:

(a) Article 8 (1) of the Agreement shall read:

"The Contracting States shall inform each other through the diplomatic channel of the authorities with responsibility for issuing long-term frontier certificates, frontier crossing certificates and frontier crossing cards."

(b) In article 22 (2) of the Agreement, the words "in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia by the Federal Secretariat for Internal Affairs" shall be replaced by "in the Republic of Slovenia by the Ministry of the Interior";

(c) In annex B of the Agreement, in the version of 5 February 1975, a new paragraph 37 shall be inserted entitled "Karavanke tunnel", and the former paragraph 37 shall be re-numbered paragraph 38;

6. Treaty between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the highway tunnel through the Karavanke mountains of 15 September 1977, in the version of 20 October 1980.

If the Republic of Slovenia agrees to the foregoing, this note and your reply to that effect shall constitute an agreement between the Republic of Austria and the Republic of Slovenia, which shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the Contracting States notify each other that their respective domestic requirements for that purpose have been fulfilled.

Accept, Sir, etc.

MOCK

Her Excellency Dr. Katja Boh
Ambassador of the Republic
of Slovenia

II

EMBASSY OF THE REPUBLIC OF SLOVENIA

Vienna, 16 October 1992

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter dated 16 October 1992, which reads as follows:

[See letter I]

I have the honour to confirm that the Republic of Slovenia is in agreement with your letter, and that your letter and this letter of reply constitute an agreement between the Republic of Slovenia and the Republic of Austria which shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the Contracting States notify each other that their respective domestic requirements for that purpose have been fulfilled.

Accept, Sir, etc.

KATJA BOH

His Excellency Dr. Alois Mock
Minister for Foreign Affairs
of the Republic of Austria

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

I

Le Ministre fédéral des affaires étrangères

Vienne, le 16 octobre 1992

Madame,

J'ai l'honneur de proposer l'entrée en vigueur entre la République d'Autriche et la République de Slovénie des traités internationaux cités ci-après en vue du fait que la République de Slovénie est maintenant un État indépendant souverain, en utilisant les désignations de "République de Slovénie" et "Slovénie" au lieu de "République populaire fédérative de Yougoslavie" ou "RPFY", "République fédérative socialiste de Yougoslavie" ou "RFSY" et "yougoslave", ainsi que pour les amendements additionnels mentionnés ci-dessous.

1. Traité entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie sur les relations mutuelles en matière juridique, avec protocole final, du 16 décembre 1954, entendu que :

a) L'Article 8 du Traité se lit :

"Les cours autrichiennes et slovènes communiquent, sauf exception indiquée ci-après (article 17, par. 2) entre elles à travers le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Ministère de la justice et de l'administration de la Slovénie.";

b) L'Article 9, première phrase, du Traité se lit :

"Les demandes pour service de documentation et d'assistance juridique sont faites en langues allemande et slovène."

c) L'Article 47 du Traité se lit :

"Le Ministère fédéral des affaires étrangères de la République d'Autriche et le Ministère des affaires étrangères de la République de Slovénie se transmettent, sur demande, les textes des clauses juridiques en vigueur ou en vigueur antérieurement sur le territoire de leurs États respectifs, accompagnés de l'information concernant les questions spécifiques de droit."

d) L'alinéa a du Protocole final est supprimé;

e) L'alinéa b du Protocole final se lit :

"Aux fins de ce Traité, "la langue de la cour requise" signifie la langue allemande pour le territoire de la République d'Autriche et la langue slovène pour le territoire de la République de Slovénie."

2. L'Accord entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie sur la reconnaissance et l'exécution mutuelles des sentences arbitrales et des accords d'arbitrage dans le domaine du commerce, du 18 mars 1960;

3. L'Accord entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie sur la reconnaissance et l'exécution mutuelles des demandes de pensions alimentaires, du 10 octobre 1961;

4. L'Accord entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie concernant l'équivalence des diplômes permettant l'admission aux universités, du 27 mars 1974;

5. L'Accord entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie concernant la coopération administrative en matière de douanes et l'assistance mutuelle pour la prévention des délits de douanes, du 15 mars 1978, étant entendu que :

a) Dans l'Article 2(b) de l'Accord, les mots "en République fédérative socialiste de Yougoslavie, l'Administration fédérative des douanes et les bureaux de douanes" sont remplacés par "en République de Slovénie le Ministère des finances (Administration des douanes et bureaux de douanes)";

b) Dans l'Article 14, paragraphes 3 et 4 de l'Accord, les mots "l'Administration fédérative des douanes" sont remplacés par "le Ministère des finances (Administration des douanes) de la République de Slovénie";

c) Le paragraphe 5 de l'Article 14 se lit :

"La correspondance entre les administrations douanières des Parties contractantes se fait en principe en langues allemande et slovène."

6. L'Accord entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie concernant les équivalences dans l'enseignement supérieur, du 29 janvier 1979;

7. Le Traité entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie concernant l'exécution réciproque des décisions judiciaires en matière criminelle, du 1er février 1982, étant entendu que :

a) Le paragraphe 1 de l'Article 30 du Traité se lit :

"La correspondance sous ce Traité se fait entre le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Ministère de la justice et de l'administration de la République de Slovénie. La communication par voie diplomatique n'en est pas pour autant exclue."

b) Le paragraphe 1 et 1.2 de l'Article 33 du Traité se lit :

"Pour le territoire de la République de Slovénie, la langue slovène."

8. Le Traité entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie concernant l'assistance juridique en matière criminelle, du 1er février 1982, étant entendu que :

a) Le paragraphe 1 de l'Article 6 du Traité se lit :

"A moins d'en être stipulé différemment dans ce Traité, la correspondance concernant les questions gouvernées par ce Traité est échangée entre le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Ministère de la justice et de l'administration de la République de Slovénie. Les autorités judiciaires communiquent aussi entre elles par cette voie."

b) Le paragraphe 3 de l'Article 9 se lit :

" La présence d'un représentant, mentionnée au paragraphe 2 ci-dessus, des autorités de l'État requérant à une action prise concernant une assistance légale dans l'État à qui la demande est faite, requiert, en République d'Autriche, l'autorisation du Ministre fédéral de la justice, et, en République de Slovénie, l'autorisation du Ministre de la justice et de l'administration. "

c) La deuxième phrase du paragraphe 1 de l'Article 24 du Traité se lit :

"Le Ministre fédéral de l'intérieur de la République d'Autriche et le Ministre de la justice et de l'administration de la République de Slovénie échangent les extraits du registre des condamnations. "

d) L'Article 25 du Traité se lit :

" Le Ministre fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Ministre de la justice et de l'administration de la République de Slovénie se communiquent sur demande toute information concernant leur droit criminel, droit de procédure criminelle et droit d'exécution des sentences. "

e) Le paragraphe 2 de l'Article 27 du Traité se lit:

"Aux fins de ce Traité, la "langue de l'État à qui est faite la demande" signifie la langue allemande pour le territoire de la République d'Autriche et la langue slovène pour le territoire de la République de Slovénie. "

9. Traité entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie sur l'extradition, du 1er février 1982, stipulait que :

a) Le paragraphe 2 de l'Article 21 du Traité se lit :

" A moins d'en être stipulé différemment dans ce Traité, la correspondance écrite concernant l'extradition et la remise des criminels est échangée entre le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Ministère de la justice et de l'administration de la République de Slovénie. Cela n'exclut pas l'usage de la voie diplomatique. "

b) Le paragraphe 1, alinéa b de l'Article 37 du Traité se lit :

" Sur le territoire de la République de Slovénie, la langue slovène. "

c) Le paragraphe 3, alinéa b de l'Article 37 du Traité se lit :

" En République de Slovénie les cours ordinaires, le bureau du procureur et le Ministère de la justice et de l'administration.

d) Le paragraphe 4, alinéa b de l'Article 37 du Traité se lit :

" En République de Slovénie, le Ministère de l'intérieur. "

10. Accord entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie concernant l'encouragement et la protection des investissements, du 25 octobre 1989, étant entendu que :

a) Le paragraphe 2 de l'Article 7 de l'Accord se lit :

" Si un différend avec la connotation du paragraphe 1 ne peut être réglé dans les trois mois suivant sa notification par écrit par l'une des Parties au différend à l'autre Partie, il peut être soumis à un tribunal d'arbitrage temporaire à la demande du requérant, conformément aux Règles d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI).

b) Au paragraphe 3 de l'article 7 les mots " conciliation " doivent être supprimés.

J'ai également l'honneur de confirmer que les traités internationaux ratifiés cités ci-après sont maintenant en vigueur entre la République d'Autriche et la République de Slovénie, en utilisant les désignations de "République de Slovénie" et "Slovénie" au lieu de "République populaire fédérative de Yougoslavie" ou "RPFY", "République fédérative socialiste de Yougoslavie" ou "RFSY" et "yougoslave", ainsi que pour les adaptations additionnelles mentionnés ci-dessous :

1. Accord entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie concernant les questions d'économie de l'eau en relation avec le secteur frontalier du Mura et les eaux frontalières du Mura (l'Accord de Mura), du 16 décembre 1954, sous réserve de la suppression des mots "ou serbo-croate" au paragraphe 2 de l'Article 6 à l'Annexe I de l'Accord;

2. Convention entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie concernant le règlement du trafic ferroviaire à travers la frontière, avec protocole final et annexes, du 11 décembre 1962, telle qu'amendée le 28 avril 1967 et le 10 août 1971;

3. Traité entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie concernant la frontière commune d'État du 8 avril 1965, tel qu'amendé le 29 octobre 1975, et les échanges de notes du 27 octobre 1979 et du 3 mars 1980, étant entendu que :

a) Au paragraphe 1 de l'Article 27 du Traité, les mots "en langues allemande et slovène" remplacent les mots "en langues allemande et serbo-croate ou langue slovène".

b) Le paragraphe 2 de l'Article 30 du Traité se lit :

"Les langues de travail de la Commission seront l'allemand et le slovène."

c) Au paragraphe 3 de l'Article 30, les mots "en langues allemande et slovène" remplacent les mots "en langues allemande et serbo-croate ou slovène".

d) Au paragraphe 1 de l'Article 33 du Traité, dans la version du 29 octobre 1975, les mots "en République de Slovénie par le Ministère de l'intérieur" remplacent les mots "en République populaire fédérative de Yougoslavie par le Secrétariat fédéral pour les affaires internes".

e) Aux annexes A et B du Traité, dans la version du 29 octobre 1975, la description du Traité est complétée par une référence à cet échange de notes, et dans ces annexes les mots "Ministère de l'intérieur" et "Laibach" remplacent les mots "Secrétariat fédéral des affaires internes" et "Belgrade".

4. Accord entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie visant à faciliter le contrôle des frontières du trafic ferroviaire de passagers, du 8 avril 1967, dans les versions du 5 mars 1969 et du 6 septembre 1974, étant entendu que :

a) Au paragraphe 1 de l'Article 8 de l'Accord, tel qu'amendé le 6 septembre 1974 les mots "en République fédérative socialiste de Yougoslavie par le Secrétariat de l'intérieur de la République socialiste de Slovénie" sont remplacés par "en République de Slovénie par le Ministère de l'intérieur";

b) Dans les annexes A et B à l'Accord, tel qu'amendé le 6 septembre 1974, la description de l'Accord est complétée par une référence à cet échange de notes, ainsi que l'Accord d'application relatif à l'Accord, daté du 26 septembre 1968, tel qu'amendé les 14 juin 1974, 11 juillet 1977 et 13 janvier 1986;

5. L'Accord entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie relatif au trafic frontalier secondaire, du 28 septembre 1967, tel qu'amendé les 5 février 1975, 24 mai 1984 et 4 novembre 1988, entendu que :

a) Le paragraphe 1 de l'Article 8 de l'Accord se lit :

" Les États contractants s'informent mutuellement par la voie diplomatique sur les autorités ayant la responsabilité d'émettre des certificats frontaliers à long terme, des certificats permettant la traversée des frontières et des cartes permettant la traversée des frontières. "

b) Au paragraphe 2 de l'Article 22 de l'Accord, les mots "en République fédérative socialiste de Yougoslavie par le Secrétariat fédéral des affaires internes" sont remplacés par "en République de Slovénie par le Ministère de l'intérieur";

c) A l'annexe B de l'Accord, dans la version du 5 février 1975, un nouveau paragraphe 37 intitulé " le tunnel de Karavanke " est inséré, et l'ancien paragraphe 37 est renuméroté 38;

6. Traité entre la République d'Autriche et la République fédérative socialiste de Yougoslavie relatif au tunnel d'autoroute à travers les montagnes du Karavanke du 15 septembre 1977, dans la version du 20 octobre 1980.

Si la République de Slovénie consent à ce qui suit, cette note et votre réponse constituent à cet effet un Accord entre la République d'Autriche et la République de Slovénie, qui entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant le mois durant lequel les États contractants se notifient l'un à l'autre que leurs formalités internes ont été remplies à ces fins.

Veuillez accepter, etc.

MOCK

Son Excellence Dr Katja Boh
Ambassadeur de la République
de Slovénie